

Immer mehr Spargelder wandern ab

Selbst bei der AKB, die wegen der Staatsgarantie ein besonderer Magnet für Spargelder darstellt, wandert viel Spargeld ab. Der Grund ist die ungenügende Verzinsung. Viele Sparer haben es satt, auf diesen Anlagen weiterhin Verluste hinzunehmen. – Dem «Pilot-trick» gehts an den Kragen.

Maximilian Reimann

Ob man es wahr haben will oder nicht, aber auf unseren Spargeldern fahren wir seit einigen Jahren Verluste ein. Man muss die Rechnung nämlich realiter, d. h. bereinigt um die Teuerung, machen. Diese ist in der Schweiz zwar deutlich tiefer als in den EU-Ländern, bewegt sich seit dem Jahr 2000 aber trotzdem in einer Bandbreite zwischen jährlich 0,6 bis 1,6 Prozent. Gewöhnliche Spargelder werden von den meisten Banken aber lediglich – und

seit längerem – mit 0,5 bis 0,75 Prozent verzinst. Dieser Zins unterliegt erst noch der Einkommenssteuer und wird er mit der Verrechnungssteuer von 35 Prozent «angebunden». Ergo kassiert man in den meisten Fällen auf Spargeld seit Jahren Verluste. Das scheint man nun auf breiter Front erkannt zu haben.

160 Mio. Franken weniger bei der AKB

Spargelder gehören zu den sichersten Anlagen, denn Kursverluste kann man damit nicht erleiden. Zudem sind 30 000 Franken pro Bank und Kunde konkursrechtlich privilegiert, also mündelsicher. Bei jenen Kantonalbanken, die noch mit Staatsgarantie ausgestattet sind, und dazu gehört auch die AKB, steht der Kanton für alle Einlagen gerade, somit also für sämtliche Spargelder. Den teuerungsbedingten Verlust auf Spargeldern kann man reduzieren, wenn man in höher verzinsliche Anlagen geht, sei es in Kassenobligationen oder in Spezialkonten wie etwa das E-Deposito-Konto der PostFinance, das immerhin noch einen «anständigen» Zins von 1,5 Prozent abwirft. Oder ein anderes Beispiel aus dem Aargau: Das Bonuskonto der Hypo Lenzburg, das um 1 Prozent höher verzinst wird,

wenn man das Geld während einer gewissen Zeit liegen lässt.

Aber selbst solche Pluspunkte vermögen die Abwanderung von Spargeldern nicht zu stoppen. Das erstaunt nicht, denn Sparer und Anleger wollen sich nicht mehr länger mit «Brosamen» abspeisen lassen. Die auf Spargeldern offerierten Zinsen sind schlicht zu tief und bessere Alternativen sind vorhanden. So sind, wie die jüngsten Geschäftsberichte der Banken unmissverständlich aufzeigen, Spargelder in bedeutendem Umfang abgeflossen. Bei der AKB beispielsweise waren es im letzten Jahr 160 Mio. Franken, bei der Hypo Lenzburg 36 Mio. Franken. Das ergibt beim Staatsinstitut immerhin 2,6 Prozent aller Spargelder, bei der Lenzburger Regionalbank 1,9 Prozent. Die Entwicklung wird weiter gehen, wenn sich die Schweizer Banken nicht endlich durchringen, ihre Kunden mit höheren Zinsen vor weiteren Realverlusten zu schützen.

Wohin die Gelder fließen

In der Regel sucht ein Kunde, der nach höherer Rendite strebt, primär nach Alternativen innerhalb seiner Bank. Da bietet sich natürlich eine ganze Palette von Produkten mit höherer Rendite an. Allerdings nimmt der Anleger damit aber auch Nachteile in Kauf wie längere Laufzeiten, eingeschränkte Kündbarkeit, Mindestbeträge pro Anlage und vor allem höhere Risiken. Ebenso gilt es, die höheren Kosten und Spesen sowie die steuerlichen Konsequenzen im Auge zu behalten. Am Anfang dieser Palette an Alternativen stehen die Festgelder, gefolgt von Kassen- und gewöhnlichen Obligationen, Wandel-, Doppelwährungs- und Fremdwährungsanleihen, strukturierten Produkten mit vollem oder teilweise Kapitalschutz, Aktien, Anlagefonds bis hin zu Hedge Funds und ganz oben abgeschlossen von hochrisikvollen Optionen und Warrants.

Wie ein Blick in die neuen Bankabschlüsse zeigt, sind es primär die Wertschriftendepots, wo-

hin die Spargelder fließen. Das von den Banken verwaltete Wertschriftenvermögen nimmt jedenfalls gewaltig zu. Wie ein Blick auf die Statistik (Kasten 1) zeigt, steht weltweit die UBS unangefochten an der Spitze. Aber nicht nur wegen der höheren Aktienkurse nimmt dieses Volumen ständig zu. Auch der Neugeldzufluss hält kräftig an. So sind der UBS allein im letzten Jahr 152 Milliarden Franken an Neugeld zugeflossen; bei der Credit Suisse waren es 94 Milliarden Franken. Das von der UBS heute verwaltete Vermögen hat inzwischen die 3000 Milliarden-Marke überschritten. Unglaublich, was da nur schon an Depotgebühren generiert wird!

Den höheren Kosten ausweichen?

Eher wenig Spargeld ist in Richtung Internet-Banken und Online-Broker abgeflossen. Das mag erstaunen, höre ich doch von vielen Anlegern immer wieder das Klagegedränge über die unverhältnismässig höheren Courtage- und Depotgebühren im konventionellen Börsengeschäft. Im Internet-Banking liegen diese Kosten um etwa 50 bis 70 Prozent tiefer, dafür muss man aber weitgehend auf Beratung verzichten. Wohl hat der grösste Online-Broker der Schweiz, die Swissquote Bank, die Kundschaft im letzten Jahr um nicht weniger als 15 Prozent auf 64 000 Anleger zu steigern vermocht und visiert für das laufende Jahr gar die Zahl von 80 000 Kunden an. Aber der Neugeldzufluss hat trotzdem bloss 961 Mio. Franken betragen. Der durchschnittliche Depotbestand eines Online-Traders beläuft sich bei Swissquote nämlich nur auf eher bescheidene 75 000 Franken. Daraus leite ich ab, dass der Abfluss von Spargeldern eher selten gleich auch zu einem Wegfluss auf eine andere Bank oder an einen Online-Broker führt. Man zieht die fachmännische Beratung durch die angestammte Bank vor und ist willens, dafür auch entsprechend zu bezahlen. Zumindest vorläufig!

Vorsorge-Steuerschlupfloch schliessen!

Als Ärgernis wurde es bis anhin weit herum – und nicht nur auf politisch linker Seite – empfunden, dass schweizerische Steuerpflichtige kurz vor ihrem altersbedingten Umzug ins Ausland ihre Vorsorgekapital der 2. und/oder 3. Säule in Sammelstiftungen mit Domizil in einem steuergünstigen anderen Kanton transferierten. Nun, was gesetzlich nicht verboten ist, ist schliesslich erlaubt. Ob es nun Schweizerbürger sind, die ihren Lebensabend in Spanien verbringen wollen, oder in der Schweiz niedergelassene Ausländer, die in ihr Heimatland zurückkehren wollen, von der gesetzlichen Steuerreduktion mit diesem Trick machen viele Gebrauch. Weil dieser in der guten alten Swissair-Zeit häufig von früh pensionierten Piloten praktiziert wurde, ist er als «Pilotentrück» in unsere Fiskalgeschichte eingegangen.

Der Tessiner CVP-Nationalrat Meinrado Robbiani nahm

aber Anstoss daran und vermochte in der Folge auch die Wirtschafts- und Steuerkommissionen beider Räte davon zu überzeugen, dass diesem «Fiskal-Trick» ein Ende zu setzen sei. Es wurde der Bundesrat beauftragt, in diesem Sinn eine Änderung des Bundessteuer- und des Steuerharmonisierungsgesetzes in die Wege zu leiten. Das hat der Bundesrat getan. Er schlägt dem Parlament nun vor, die Vorsorgeleistungen künftig nur noch von jenem Kanton besteuern zu lassen, in welchem die begünstigte Person ihr letztes Erwerbseinkommen versteuert hat. Es ist davon auszugehen, dass diese Revision in Parlament und Volk mehrheitsfähig sein wird. Gänzlich sind die «Steuersparkünstler» damit aber noch nicht ausgetrickst. Sie können vor Ausreise ins Ausland ihr Steuerdomizil beispielsweise noch in den Kanton Schwyz verlegen, wo die Vorsorgeleistungen am tiefsten besteuert werden. Ob dann unter dem Strich noch ein finanzieller Vorteil verbleibt, es in den meisten Fällen zu bezweifeln!

Leser-Echo

Stimme einer weiteren unzufriedenen Mieterin

Die jüngst an dieser Stelle zitierte Studie des Berner Forschungsinstituts gfs von Politologie-Professor Claude Longchamp, wonach 90 Prozent der Mieter in der Schweiz zufrieden sind, wird weiterhin von diversen Direktbetroffenen angezweifelt. Hier Auszüge aus einer Zuschrift von Mieterin C.S. in Aarau:

«Auch ich zähle mich ebenso wenig zu den 90 Prozent glücklichen Mietern als viel mehr zu den 10 Prozent benachteiligten. Ich habe in meinem Leben bis heute acht Mietverhältnisse erlebt, davon waren sechs alles andere als in Ordnung, hauptsächlich wegen zu hohen Miet-

zinsen oder unkorrekter Nebenkostenrechnungen. Ein Mietverhältnis endete gar erst vor Obergericht, gefolgt von einer ungerechtfertigten Kündigung. Fazit ist, dass ich inzwischen jegliches Vertrauen in die Vermieterschaften verloren habe, insbesondere wegen deren unprofessionellem oder gar unlauteren Verhalten. Ich bin es müde, mich mit den ständig falschen und unfairen Machenschaften dieser Leute herumzuschlagen.»

Anmerkung: Haben Sie sich auch schon mal überlegt, ob es nicht auch ein wenig an Ihnen liegen könnte, dass Sie als Mieterin derart frustriert sind?

UBS weltweit klar voraus

Die grössten Vermögensverwalter

Rang	Unternehmen	Stammland	Volumen
1.	UBS	Schweiz	2620 Mia. CHF
2.	Barclays	Grossbritannien	1977 "
3.	Allianz-Gruppe	Deutschland	1941 "
4.	State Street Global	USA	1873 "
5.	Fidelity Investments	USA	1849 "
6.	AXA Group	Frankreich	1638 "
7.	Capital Group	USA	1516 "
8.	Credit Suisse	Schweiz	1466 "
9.	Deutsche Bank	Deutschland	1335 "

Stand: 31.12.2005

Quelle: UBS/Januar 2007